



Der NSU und die Türkei

Gefährliches Hochschaukeln durch Rechthaberei

Keine Frage: es ist schlimm, dass in Deutschland wieder aus rassenideologischen Gründen gemordet wird. Und es ist ebenso schlimm, dass deutsche Behörden und Gerichte dilettantisch oder zumindest unsensibel mit dem derzeitigen Hauptproblem umgehen, mit dem Treiben des NSU und mit der diesbezüglichen Gerichtsverhandlung. Bayerns hohes Gericht will bei der Sitzvergabe einfach Recht behalten.

Ebenso schlimm zeigt sich allerdings die türkische Seite. Sie nutzt inzwischen jeden Störfall im deutsch-türkischen Verhältnis zum nationalistischen Geschrei. Dabei haben auch schon türkische Staatsbürger in Deutschland gemordet, was beispielsweise durch den Tod des Johnny K. auf dem Berliner Alexanderplatz vor einigen Monaten in Erinnerung bleibt.

Türken in Deutschland

Die Türken in Deutschland haben es leicht und auch wieder nicht. Einerseits sind sie freiwillig in die Bundesrepublik gekommen, in die alte und in die wiedervereinte, also nicht in die ehemalige DDR. Sie haben an das bessere Leben geglaubt und dieses auch vielfach erhalten. Sie sind fleißige Facharbeiter in deutschen Fabriken, liebenswerte Betreiber von Obst- und Gemüseläden oder fast rund um die Uhr tätige Verkäufer von Döner in jeglicher Form. Sie dürfen auch, wenn sie es überhaupt noch wollen, in ihre kleinen Moscheen gehen und ihren religiösen Pflichten nachkommen. Sie konnten deutsche Staatsbürger werden und mit ihrem fließenden Deutsch bis in hohe Stellen aufrücken. Schauspieler, Nachrichtensprecher oder Abgeordnete in Gewerkschaften und Parlamenten repräsentieren das neue Gesicht. So passen die rund drei Millionen Türkischstämmigen durchaus in die behäbigen Landschaften von Baden und Württemberg, von Westfalen oder Oberbayern und auch in manche Großstadtviertel von Berlin, Dortmund oder München.

Mag dieses Bild der Türken manchen zu idyllisch sein, so stimmt es trotzdem bei der überwiegenden Anzahl der Neubürger in Deutschland. Dass deren Umzüge oder Feste in Deutschland an die türkische Kultur erinnern, sollte genau so normal sein wie das Oktoberfest in den USA oder die Kuckucksuhren in Venezuela. Leider gibt es aber auch die andere Seite, die religiös-terroristische, die türkisch-nationale oder die kurdisch-fanatische. Der freie Rechtsstaat in Deutschland bietet allen ihr Betätigungsfeld – und lässt es notgedrungen zu, in der Türkei selbst missverstanden zu werden. Denn türkische Politiker sehen es überhaupt nicht gern, wenn in der Bundesrepublik beispielsweise kurdische Politiker – sozusagen im Rückzugsraum – Geld und Waffen sammeln. Sie sahen es auch nicht gern, dass der ehemalige deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder die Griechen und die griechischen Zyprioten in

die EU beziehungsweise in den Euroraum aufnahm, die Türken aber nicht. Kann man heute abschätzen, ob die Türkei bei einer EU-Aufnahme, sagen wir um das Jahr 2000, weniger Probleme gemacht hätte als Griechenland?

Türkei und EU

Unbestreitbar ist, dass mit der Türkei genau das eintritt, was deutsche Politiker einst befürchtet hatten. Den Türken immer wieder den EU-Beitritt anzubieten, aber viele andere Kleinstaaten früher als sie in die EU aufzunehmen und dann bei der Türkei von „privilegierten Beziehungen“ zu faseln, konnte nur zum Frust führen – und zur türkischen nationalen Überhöhung. Statt die europäischen Regeln und Gesetze zu akzeptieren, versucht man jetzt zunehmend, türkisch-nationalistische Ansichten in Europa zu verbreiten. Natürlich gibt es auch andere Gründe für das wieder erwachte Selbstbewusstsein der Türkei. Die regionalen Konstanten haben sich durch die arabischen Aufstände so verändert, dass das ehemalige Großmachtbewusstsein der Türkei im arabischen Umfeld neu belebt wurde. Das gleiche gilt für die Turk-Staaten hinüber in die mittelasiatische Region. Außerdem ist die Wirtschaftskraft der Türkei deutlich nach oben gegangen. In Deutschland hatte man früher gesagt: „Wir sind wieder wer.“ Ähnlich empfindet man es in der Türkei. Dort werden türkische Traditionen und Werte wieder in den Mittelpunkt gerückt. Nicht wenige türkische Politiker und sonstige Meinungsmacher erwarten inzwischen von ihren „Landsleuten“ in aller Welt, sich zum Türkischen zu bekennen. Glaubt man sich unterdrückt, kann schnell fanatischer Aktivismus entstehen. Man denke auch an jene Fußballer, die deutsche Nationalspieler werden und nicht türkische. Manche rufen von „Verrat“, genau wie früher/heute in Deutschland.



1995 - Deutscher Verteidigungsausschuss in Ankara (und Athen)

Deutsche in aller Welt

Der TAGESSPIEGEL in Berlin schrieb am 4. April 2013: „Jeder türkische Politiker, der etwas auf sich hält, will dem eigenen Publikum zeigen, dass er für die Landsleute in Europa und besonders in Deutschland einsteht – deshalb zieht der für die Auslandstürken zuständige Vizepremier Bekir Bozdag zurzeit wegen des NSU-Streits und nach Wohnungsbränden bei Deutschtürken vom Leder, dass es nur so staubt.“ Die deutschen Medien ergötzen sich in der Berichterstattung, dass türkische Medien sogar vor das deutsche Bundesverfassungsgericht ziehen, weil sie angeblich aus der Sitzverteilung im Münchner Gerichtssaal ausgeschlossen wurden. Die bayerische Staatsregierung behandelt das bayerische Oberlandesgericht als unabhängig und mischt sich nicht ein, die türkische Seite aber schon?

Es gibt im Bundeshaushalt unter der Rubrik „Auswärtige Kulturpolitik“ einen Riesen-Anteil für Ausgaben, die den Deutschen in aller Welt helfen sollen. Da werden nicht bloß Schulen und Kirchen unterstützt, sondern auch Vereinigungen, die ein Oktoberfest veranstalten oder mit anderen Ereignissen „das Deutschtum“ hochhalten. Viele Einheimische machen bei derartigen Ereignissen gerne mit. Gott sei Dank kommt aber niemand (mehr) auf die Idee, diese Deutsch-Kasachen oder Deutsch-Brasilianer als „Reichsdeutsche“ zu betrachten, die man von Berlin aus dirigieren muss. Ankara steigert sich in eine derartige Besessenheit. Natürlich klingt es seltsam, dass dieser oder jener Türke „zu spät“ bei der Verteilung der wenigen Sitzplätze im Münchner Gerichtssaal kam. Rechthaberei auf der einen wie der anderen Seite hilft aber nicht weiter, nationales Säbelrasseln schon gar nicht. Man sollte, wie immer im Leben, nicht laut schreien, sondern mit gutem Beispiel vorangehen. Nachprüfbare rechtsstaatliche Grundsätze führen allemal besser ans Ziel als Geschrei oder Brandreden. Letzteres Wort ist allerdings nachzufragen: was ist, wenn es tatsächlich brennt?

Der Autor ist erreichbar unter mail@drklausrose.de.